Ludwigshafen
Stadt am Rhein

TOP 1.2.8.1

Gremium	Termin	Status
Stadtrat	15.03.2023	öffentlich

Antrag der AfD-Fraktion im Stadtrat Ludwigshafen; Neuregelung der Aufwandsentschädigung der Stadträte

Vorlage Nr.: 20236257

Antrag: Neuregelung der Aufwandsentschädigung der Stadträte

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, sehr geehrte Stadtverwaltung, sehr geehrte Stadtratskollegen,

die AfD-Fraktion im Stadtrat Ludwigshafen am Rhein stellt hiermit den Antrag,

die Aufwandsentschädigungen der Stadtrats- und Ausschussmitglieder zum Zwecke der Haushaltskonsolidierung neu zu regeln. Die Verwaltung möge einen Antrag ausarbeiten und diesen im nächsten Stadtrat einbringen, der die Hauptsatzung der Stadt Ludwigshafen in einer Weise ändert, sodass dieser den gewählten Umsetzungsvorschlag abbildet.

Begründung

Dieser Antrag dient der Konsolidierung des Haushaltes der Stadt Ludwigshafen. Die Dezernate haben eine Sparliste aufgestellt die etwa 43 M€ einspart, falls so beschlossen. Laut Kämmerer fordert die ADD Einsparungen bei den Aufwandsentschädigungen der Stadträte in Ludwigshafen, da diese höher seien als in Rheinland-Pfalz üblich.

Umsetzungsvorschläge

Die genannten Vorschläge unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Komplexität und der "Fairness" voneinander. Der erste genannte Vorschlag ist der unseres Erachtens fairste und komplexeste zugleich.

Vorschlag 1

Kürzung der monatlichen Aufwandsentschädigung um 55,56 % (200 €) von 360 € auf 160 €, jedoch Erhöhung des Sitzungsgeldes für Stadtratssitzungen um 100 % von 50 € auf 100 €, Erhöhung des Sitzungsgeldes für Ausschüsse um 100 % von 25 € auf 50 €, außerdem Gewährung dieser auch für Stadträte.

Für die Berechnung dieses Vorschlages werden die Häufigkeit der jeweiligen Sitzungen mit ihren Mitgliedern und den 50 € multipliziert. Die Zahlen stammen aus dem Jahre 2023. Nicht betrachtet werden Fraktionssitzungen, da diese nicht Teil der Änderung sind. Außerdem wurden die Fraktionsvorsitzenden und ihre Stellvertreter für die Überschlagsrechnung wie gewöhnliche Stadträte behandelt.

Aufwandsentschädigung alt

```
360 €/(Person×Monat)         × 60 Person × 12 Monat/Jahr +
 50 €/(Person×Ratssitzung)   × 60 Person ×  8 Ratssitzungen/Jahr

= 283.200 €/Jahr
```

Aufwandsentschädigung neu

```
160 €/(Person×Monat)         × 60 Person × 12 Monat/Jahr +
100 €/(Person×Ratssitzung)   × 60 Person ×  8 Ratssitzungen/Jahr +
 50 €/(Person×HAsitzung)     × 16 Person ×  7 HAsitzung/Jahr +
 50 €/(Person×PartAsitzung)  × 17 Person ×  0 PartAsitzung/Jahr +
 50 €/(Person×PersAsitzung)  × 16 Person ×  7 PersAsitzung/Jahr +
 50 €/(Person×RPAsitzung)    ×  8 Person ×  5 RPAsitzung/Jahr +
 50 €/(Person×KAsitzung)     × 20 Person ×  3 KAsitzung/Jahr +
 50 €/(Person×SozAsitzung)   × 19 Person ×  4 SozAsitzung/Jahr +
 50 €/(Person×SpoAsitzung)   × 14 Person ×  3 SpoAsitzung/Jahr +
 50 €/(Person×BGAsitzung)    × 16 Person ×  6 BGAsitzung/Jahr +
 50 €/(Person×SEAsitzung)    × 12 Person ×  2 SEAsitzung/Jahr +
 50 €/(Person×SRAsitzung)    ×  8 Person ×  7 SRAsitzung/Jahr +
```

```
 50 €/(Person×STAsitzung)    × 19 Person ×  3 STAsitzung/Jahr +
 50 €/(Person×JHAsitzung)    × 20 Person ×  5 JHAsitzung/Jahr +
 50 €/(Person×UlAsitzung)    ×  4 Person ×  0 UlAsitzung/Jahr +
 50 €/(Person×UwAsitzung)    × 16 Person ×  2 UwAsitzung/Jahr +
 50 €/(Person×WAWBLsitzung) × 16 Person ×  7 WAWBLsitzung/Jahr


= 209.150 €/JahrAufwandsentschädigung
```

Vergleich alt und neu

Die bisherige zu ändernde Aufwandsentschädigung für Stadträte kostet die Stadtkasse bisher etwa 283.200 €/Jahr, die geänderte Aufwandsentschädigung würde dem gegenüber 209.150 €/Jahr kosten. Dies würde die Stadtkasse um **74.050 €/Jahr entlasten**.

Vorschlag 2

Kürzung der monatlichen Aufwandsentschädigung um 90 € auf 270 €/Monat. Dies würde die Stadtkasse bei 60 Stadträten und 12 Monaten um **64.800 €/Jahr entlasten**.

```
90 €/(Person×Monat) × 60 Person × 12 Monat/Jahr = 64.800 €/Jahr
```

Vorschlag 3

Dieser Vorschlag wurde von der FDP gemacht.

Es sollen die PKW Pauschale und das Nahverkehrsticket wegfallen. Dies würde bei aktuellen Preisen für das VRN Nahverkehrsticket "Jahresticket Jedermann" in der Preisstufe "Stadttarif MA/LU" 890,40 €/Jahr je Stadtrat sparen. Dies würde die Stadtkasse bei 60 Stadträten um **53.424 €/Jahr entlasten**.

```
890,4 €/(Person×Jahr) × 60 Person = 53.424 €/Jahr
```

Konsequenzen

Die Vorschläge gingen der Verwaltung vor Antragsstellung zu und wurden kurz juristisch sowie finanziell geprüft. Informationen hinsichtlich des Personalaufwandes gingen uns zum Zeitpunkt der Antragsstellung noch nicht zu.

Die hauptsächliche Konsequenz des Antrages ist die geringere Entschädigung für das Ehrenamt als Stadtrat. Dies ist allen Vorschlägen gemein.

Vorschlag 1

Vorschlag 1 wurde nach dem Leistungsprinzip erstellt. Hier sollen diejenigen mit der höchsten Zeitlichen Belastung durch Ratssitzungen, Ausschusssitzungen und die Vorbereitung für diese am stärksten entschädigt werden. Dieser Vorschlag folgt der Annahme, dass die Teilnahme an und die Vorbereitung von Sitzungen die eigentliche Aufgabe der Stadträte darstellt, honoriert jedoch auch andere Aufgaben von Stadträten. Daher wurde die monatliche Aufwandsentschädigung nur gekürzt und nicht gänzlich gestrichen.

Da sich nun die Aufwandsentschädigung eines Stadtrates primär aus Sitzungsgeldern zusammensetzt werden sich die Bezüge für Stadträte die in mehreren Ausschüssen sitzen weniger stark senken, als für diejenigen die in weniger Ausschüssen sitzen. Außerdem wird die Verwaltung dadurch angehalten die Anzahl der Sitzungen zu senken, da jede Sitzung nun mit zusätzlichen Kosten verbunden sein wird. Ein weiterer Effekt ergibt sich für die bürgerschaftlichen Mitglieder bestimmter Ausschüsse. Deren Mitarbeit wird nun stärker honoriert.

Da Vorschlag 1 der komplexeste ist wird vermutlich für die Verwaltung der Personalaufwand der Umsetzung leicht steigen. Die Anwesenheit von Ausschussmitgliedern in abstimmenden Ausschüssen müsste sowieso wegen den Abstimmungen erfasst werden. Zusätzlich muss eine Erfassung der Anwesenheit in beratenden Ausschüssen stattfinden. Dies geschah bisher allerdings häufig schon durch Unterschriftenlisten. Die Sitzungsgelder müssten dann vor der Auszahlung berechnet werden, sodass die Verwaltung einen einen Mehraufwand vor der Auszahlung hat.

Vorschlag 2

Dieser Vorschlag kürzt nach dem Rasenmäherprinzip die monatliche Aufwandsentschädigung für alle Stadträte gleichermaßen und geht davon aus, dass jedes Ratsmitglied den gleichen Zeitaufwand bei der Erfüllung des Ehrenamts hat unabhängig von der Mitgliedschaft in Ausschüssen.

Der Effekt nur so viele Sitzungen wie nötig einzuberufen fällt damit genauso wie die stärkere Honorierung der bürgerschaftlichen Mitglieder in diversen Ausschüssen weg.

Positiv hervorzuheben ist der sehr geringe Aufwand der Verwaltung diesen Vorschlag umzusetzen. Außerdem ist für die Stadträte sehr einfach abzusehen wie sich die Aufwandsentschädigung für den Einzelnen verändert.

Vorschlag 3

Der Vorschlag folgt der Annahme, dass die Stadträte sowieso mobil in der Stadt Ludwigshafen sind und daher keine zusätzliche Kompensation in Form einer Jahreskarte des VRN oder einer PKW Pauschale benötigen. Außerdem werden Stadträte durch die monatliche Aufwandsentschädigung für Auslagen die das Ehrenamt mit sich bringt entschädigt.

Sollten die Preise für die Mobilität in Ludwigshafen jedoch steigen wird immer mehr monatliche Aufwandsentschädigung benötigt im diese Aufgaben für die Stadträte zu kompensieren. Aufgrund der aktuellen Haushaltslage ist jedoch eine zukünftige Erhöhung der monatlichen Aufwandsentschädigung nicht zu erwarten. Die Kompensation in Form einer Sachleistung oder des Geldwertes hingegen sind in ihrer Höhe flexibel.

Sehr positiv ist die Verringerung des bürokratischen Aufwandes in der Stadtverwaltung. Der Wegfall der Jahreskarte und der PKW Pauschale sorgen für eine Entlastung bei der Ermittlung der zu zahlenden Gelder an die Stadträte, da hier keine Unterscheidung zwischen Jahreskarte und PKW Pauschale notwendig ist.

Fazit

Die AfD-Fraktion im Stadtrat Ludwigshafen am Rhein bevorzugt aufgrund der genannten Gründe die Vorschläge in der Reihenfolge in der diese aufgeführt sind. Wir freuen uns über eine Konstruktive Diskussion im kommenden Stadtrat.

Mit freundlichen Grüßen

Rene Puder
AfD-Fraktion im Stadtrat Ludwigshafen am Rhein

Johannes Thiedig